

Vorausichtliche Ablehnung des deutschen Angebots durch Frankreich!

Die Ententepresse zum deutschen Angebot.

Der französische Ministerrat betrachtet die Vorschläge als unannehmbar.

Paris, 3. Mai. Ueber den heutigen Ministerrat wird folgende offizielle Communiqué ausgegeben: Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand zusammengetreten. Der Ministerpräsident hat das Schreiben zur Kenntnis gebracht, das er vom deutschen Geschäftsträger erhalten hat. Der Ministerrat war einmütig der Ansicht, daß die Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien, und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingungen und des Mangels an Garantien als wegen der Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffern. Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Abwendung der Antwort an die deutsche Regierung und deren Mitteilung an sämtliche Alliierte verständigen.

Eine offiziöse Begründung des Beschlusses der Ablehnung.

Paris, 3. Mai. Die Havasagentur veröffentlicht zur Erläuterung des im heutigen Ministerrat getroffenen Beschlusses folgende offenbar beeinflusste Note: Das offizielle Communiqué zählt die verschiedenartigen Gründe an, die das Kabinett hindern, die deutsche Note als Verhandlungsmittel in Erwägung zu ziehen. In erster Linie handelt es sich hier um die vom Reichkanzler Dr. Cuno gestellten Bedingungen, nämlich die Fortsetzung des passiven Widerstands in den besetzten Gebieten, ihre Räumung vor der Eröffnung von Verhandlungen (Nämlich des Berichterstatters: Die deutsche Note enthält keine derartige Forderung), gar nicht zu reden von der Beseitigung der Zollschranken, der Abschaffung des Rechts, Sanktionen anzuwenden und Pfänder zu beschlagnahmen. Ferner ist in dem deutschen Angebot keinerlei Garantie beigegeben worden, weder Garantien von Regierungsseite, z. B. Verpfändung von Staatseigentum, Zöllen, Eisenbahnen usw. für die Reparationsverpflichtungen, noch Garantien politischer Art, wie die Mitwirkung der deutschen Großindustrie bei der Durchführung der vorerwähnten Zahlungen. Schließlich ist der Betrag des deutschen Angebots selbst ganz und gar ungenügend, denn im besten Fall liegt es vor, den Alliierten 30 Milliarden Goldmark zur Verfügung zu stellen. Diese 30 Milliarden würden sich aber möglicherweise noch auf 20 Milliarden verringern. Und diese Möglichkeit ist wegen des bis jetzt von Deutschland bekundeten Mangels an gutem Willen die wahrscheinlichste. Zum Schluß würden also die Alliierten, wenn man annehme, daß die Anleihe von 20 Milliarden völlig gezeichnet würde, höchstens 15 Milliarden Goldmark erhalten, davon Frankreich etwa 8 Milliarden, die restlichen fünf Milliarden kämen als Zinsen für die Anleihe in Wegfall. Unter diesen Umständen sei es nur zu gerechtfertigt, daß die französische Regierung es ablehne, derartige Vorschläge ernst zu nehmen. Poincaré werde sich also sofort und zwar unmittelbar auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege mit dem belgischen Kabinett in Verbindung setzen, das seinerseits, wie bereits bekannt (?), die Note des deutschen Reichskanzlers ebenfalls als unannehmbar erachte. Die Pariser und die Brüsseler Regierung würden weiterhin förmlich vorgehen und sich über den Wortlaut der Berlin zu erteilenden Antwort einigen, die alsdann auch London und Rom mitgeteilt werden solle. Die französischen und die belgischen Minister würden dann wohl zu einer Konferenz zusammenzutreten, um über die Möglichkeit zu beraten, ihre Aktion im Ruhrgebiet noch intensiver zu gestalten, bis sie ihre endgültige Wirkung besichtigt habe.

Die angebliche Auffassung in Brüssel.

Paris, 3. Mai. Dem in Antwerpen erscheinenden „Nep-tun“ wird aus Brüssel gemeldet, in den Kreisen der belgischen Regierung glaube man, daß die Note eingehend geprüft werden müsse und daß es erforderlich sei, Punkt für Punkt darauf zu antworten. Man werde sich mit der Regierung in Paris ins Einvernehmen setzen und die französischen und belgischen Minister würden sehr wahrscheinlich am Tage nach der Abreise des spanischen Königspaares in Brüssel eine Besprechung haben. Man sei auch darin einig, daß Deutschland noch einmal mehr einen absoluten Mangel an psychologischen Sinn auch dadurch gezeigt habe, daß es auf die Fortsetzung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet hinweise. Die belgische Regierung glaube, daß die Note nicht zurückgewiesen werden könne, wenn man nicht die Gründe anführe, weshalb man sie ablehnen müsse.

Der Meinungs-austausch zwischen Paris u. Brüssel.

Paris, 4. Mai. Havas berichtet, daß die von Poincaré entworfene Antwort auf die deutsche Note gestern durch Spezialkurier der belgischen Regierung nach Brüssel übersandt wurde. Das Dokument, dessen Länge annähernd der der deutschen Note entspreche, präzisiere in ziemlich detaillierter Weise die Gründe, weshalb die Vorschläge Deutschlands von der französischen Regierung als unannehmbar betrachtet werden. Die belgische Regierung werde heute bekanntgeben, in welcher Form sie die deutsche Mitteilung beantwortet werde. Die französische Regierung ihrerseits werde heute den Text ihrer Antwort in London und Rom mitteilen lassen. Die Antwort an die deutsche Regierung werde vielleicht am Freitag Abend, wahrscheinlich aber Sonnabend Vormittag überreicht werden.

Englische Stimmen.

London, 3. Mai. „Daily Express“ schreibt zur deutschen Note, die Ansichten aller Alliierten würden gewogen werden. Sie würden zweifellos einen beträchtlichen moralischen Einfluß ausüben. Außerdem sei es keineswegs sicher, daß die Note Deutschlands letztes Wort an Frankreich bedeute. Alle Nationen sehnten sich nach Frieden im vollsten Sinne und wünschten die Agonie der Welt, die jetzt langsam verblute, zu beenden. „Daily News“ kommt zu dem Schluß, das deutsche Angebot sei so, daß Großbritannien, Belgien und Italien es annehmen könnten, wahrscheinlich auch annehmen würden. Was Frankreich betreffe, so bestehe nicht die geringste Aussicht, daß die Verfolgung seiner augenblicklichen Politik ihm nur einen Centime mehr einbringen werde, als Deutschland jetzt anbiete. Alles deutete auf einen entgegengesetzten Schluß, aber es sei möglich zu hoffen, daß Frankreich bereit sein werde, auf der Grundlage der neuen Note zu verhandeln. Die Deutschen hätten es sich nicht so leicht gemacht, wie sie es bekannt hätten, Frankreich der halsstarrigen Unnachgiebigkeit zu überführen, wenn es die Note ablehne. Die „Westminster Gazette“ schreibt, es sei zu hoffen, daß, wenn die britische Regierung der Ansicht sei, daß die Note Erörterungsmöglichkeiten biete, sie dies freimütig und offen erklären werde. Die deutsche Schätzung seiner Zahlungsfähigkeit brauche nicht angenommen zu werden, aber England sei verpflichtet, zu sagen, ob es das Angebot als ehrlichen Versuch ansehe, Verhandlungen zu eröffnen. Poincaré habe vielleicht für sich eine Antwort, die er erteilen wolle, beschloffen, aber bevor diese Antwort erfolge, sollte aus Courtoisie eine Beratung mit dem Foreign Office erfolgen. Die „Morning Post“ sagt, die deutsche Note müsse alle vernünftigen Leute davon überzeugen, daß der einzige Ausweg aus dem Ruhrkampf darin bestehe, daß Großbritannien und Frankreich wieder zusammenkämen und eine gemeinsame Politik und gemeinsame Durchführungsmaßnahmen vereinbarten. Es sei zu hoffen, daß die britische Regierung so bald wie möglich von ihrer neutralen Haltung abgehe und an die Seite Frankreichs trete. Die „Daily Mail“ bezeichnet, wie zu erwarten war, das deutsche Angebot als ein lächerliches, unverständliches und typisches Hummerzeugnis.

Eine italienische Stimme zum deutschen Angebot.

Rom, 3. Mai. Die heutige Morgenpresse bringt die deutsche Note im Wortlaut. Das „Giornale di Roma“ schreibt dazu, unwiderruflich biete Deutschland nur 20 Milliarden an, denn die Zahlung der übrigen 10 Milliarden sei allzusehr verknäuselt. Das Blatt kritisiert auch die Zinszahlung, stimmt aber Deutschland darin bei, daß die Feststellung seiner Leistungsfähigkeit unmöglich sei.

Amerikanische Stimmen zum deutschen Angebot.

Newyork, 3. Mai. (Durch Funkspruch.) „Newyork World“ schreibt in einem Leitartikel, das deutsche Angebot mache einen vernünftigen Eindruck. Sein Hauptkennzeichen sei, daß es sehr elastisch gehalten sei. Man habe schwerlich von Deutschland erwarten können, daß es ein Angebot machen würde, das mit dem Verbleiben Frankreichs im Ruhrgebiet sich einverstanden erklären würde. Nun habe Poincaré das Wort. Durch seine Haltung werde er zeigen, ob er für Regelung der Reparationsfrage sei, oder ob er Ziele verfolge, zu denen er sich nicht offen zu bekennen wage. Die „Newyork Tribune“ erklärt, es zeige sich nicht die geringste Aenderung in der Gesinnung oder der leiseste Versuch, wirksame Garantien zu bieten, die der Sheriff von einem unsicheren Schuldner fordern müsse, der sich durch diesen dehnbaren Kniff seinen gerechten Verpflichtungen zu

Neueste Nachrichten.

Havas gibt über den gestern in Paris abgehaltenen Ministerrat bekannt, man sei einmütig der Ansicht gewesen, daß die deutschen Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien, und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingungen als auch wegen der Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffern. Was die Bedingungen anbelangt, so wird namentlich die Auffassung als unannehmbar bezeichnet, daß zuerst das Ruhrgebiet geräumt werden müsse, bevor Verhandlungen eingeleitet werden. Diese Auffassung ist jedoch falsch, die deutsche Note stellt nur fest, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufrecht erhalten werde, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erreicht seien.

Die halbamtlichen französischen Erklärungen versuchen, auch Belgien ohne Weiteres dafür in Beschlag zu nehmen, daß es den ablehnenden Standpunkt der Pariser Regierung teile. Dagegen verlautet aus Brüssel, daß man dort der Ansicht sei, die Ablehnung müsse auch begründet werden, was dann in einer Form geschehen kann, die weitere Verhandlungen ermöglicht.

Die bisher aus England und Amerika vorliegenden Stimmen sind nach dem bekannten angelsächsischen Prinzip der Verschleierung der wahren Stimmung geteilt, die einen halten das deutsche Angebot für befriedigend, die anderen lehnen es als lächerlich und anmaßend ab. Im übrigen bleibt die freundschaftliche „Neutralität“ für Frankreich aufrechterhalten.

Die halbamtliche französische Note droht auch mit einer Verschärfung der Gewaltpolitik im besetzten Gebiet, und es ist jetzt auch schon eine Verordnung erfolgt, die alle seitherigen Willkürakte in den Schatten stellt. Man will jetzt nämlich jeden mit Gefängnis und ungeheuerlichen Geldstrafen bestrafen, der nicht für die Franzosen arbeitet oder die geforderten Waren liefert. Also Verklaffung des gesamten Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet! Ein Beweis mehr, daß man die Bevölkerung des besetzten Gebietes zur Verzweiflung treiben will.

entziehen versuche. Die „Newyork Times“ drückt die Hoffnung aus, daß das deutsche Angebot zu neuen Verhandlungen führen werde, wobei alle beteiligten Regierungen über die Lage in einem Geist beraten würden, der Großmut mit Gerechtigkeit verbinde. Das „Journal of Commerce“ führt aus, die Note erscheine als der am meisten praktische Vorschlag, der bisher gemacht worden sei.

Der Reichskanzler über das deutsche Angebot.

Wir haben gestern in den neuesten Nachrichten auf die Rede des Reichskanzlers hingewiesen, die er anlässlich der Sitzung der Minister und Staatspräsidenten gehalten hat, worin er betont hatte, daß wir den Frieden wollen, aber um einen zahlbaren Preis, daß wir den passiven Widerstand noch in starker Hand halten, und daß nichts uns veranlassen könne, den Weg des Ultimatums oder gar der freiwilligen Uebernahme unbilliger Bedingungen zu beschreiten. Nach Erklärung des Reichskanzlers dann den Eventualvorschlag, das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten und fuhr fort: Wir wollen unter allen Umständen, daß das, was wir zusagen, auch erfüllt wird. Wir sind bereit, für die Beträge, die wir im Anleiheweg erhalten, jedwede wirtschaftliche Sicherheit zu stellen. Selbst während der Zeit der Ruhrbesetzung und der Besetzung weiterer deutscher Landesteile hat Deutschland in der Einlösung der belgischen Schatzwechsel das getan, was es zugesagt hatte. Deutschland wird aber zur Abtragung der schweren Lasten nur fähig sein bei Wiederherstellung seines Kredits und seiner inneren finanziellen Ordnung. Dazu zu tun, was an uns liegt, sind wir alle entschlossen. Die Wiederherstellung dieser Ordnung liegt zugleich im Interesse Frankreichs und Deutschlands, denn ohne sie werden wir keine Anleihen in der Welt erhalten. Nur im Wege der Anleihe können wir die Mittel zur Zahlung der Reparationssummen beschaffen, und daher hat Frankreich ein Interesse daran, uns von außen her in Ruhe zu lassen, damit wir auch im Innern zur Ruhe kommen. Die Voraussetzung für jede Anleihe ist nach allgemeinem Urteil die Forderung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und die Sicherheit gegen politische

Pfänder. Wir wissen, daß in Frankreich ein starker Wunsch und ein starkes Bedürfnis besteht zum Ausgleich der Wirtschaftsinteressen zwischen Frankreich und Deutschland. Eine solche Verständigung wäre zu Stande gekommen, wenn nicht Frankreich jede Annäherung und Besprechung darüber abgelehnt hätte. Und vielleicht wäre dadurch zugleich die Brücke geschlagen worden, zur Lösung der Reparationsfrage. Auch heute noch wird die deutsche Wirtschaft sich einer französischen Zusammenarbeit nicht entziehen, weil wir wissen, daß Frankreich immer noch vor der Sorge deutscher Angriffsabsichten steht. Wir wollten auch die Frage der politischen Sicherheiten für Frankreich und Deutschland nicht unerörtert lassen; für Frankreich und Deutschland, denn wir sind es unserem Volke nach den Ereignissen der letzten Monate schuldig, ihm die Sicherheit friedlicher Arbeit in gleicher Weise zu garantieren wie andere. Sie wissen, daß wir diesen Gedanken bereits vor dem Einfall in das Ruhrgebiet aufgenommen hatten. Wir haben diesen Vorschlag diesmal in einer allgemeineren Form wieder aufgenommen, in der Form, daß wir bereit sind zu jeder friedlichen Vereinbarung mit Frankreich, die auf Gegenseitigkeit beruht, und daß wir bereit sind, alle Streitfragen dem Schiedsgericht oder einem Ausgleichsverfahren zu unterstellen. Das ist alles, was wir in dieser Frage tun können und, um den Beweis zu liefern, daß wir nicht den Krieg, sondern den Frieden wollen. An der alsbaldigen Herstellung des status quo ante hat auch Frankreich das allerdringendste eigene Interesse. Es muß den Ruhereinfall finanzieren in einer Zeit, wo die ganze Welt unter den Nachwehen des Krieges leidet, wo die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den Staaten gelitten haben. In einer solchen Zeit sollte jeder einzelne Staat zum Wiederaufbau der Welt beitragen. Ich erinnere an die ungeheure Tatsache, daß sich die Besatzungsstellen in den vier Jahren nach dem Krieg auf 4,5 Milliarden Goldmark belaufen haben, also auf mehr, als früher Deutschland für seine gesamte Heeremacht und seine Marine in demselben Zeitraum aufgewandt hat. So vernichtet jeder Tag Werte um Werte, die zugleich der Reparation entzogen werden. Und wenn der jetzt von uns beschrittene Weg nicht zum Ziele führt, wird die Wertminderung fortschreiten. Wir sind bereit, der Zerstörung Einhalt zu tun, aber wir sind auch bereit, bis zum letzten Rest unserer eigenen Kraft auszuhalten, was den Tod jeder Reparation bedeuten würde. Wir sind dazu bereit, weil wir wissen, daß, wenn unsere Vorschläge nicht als Verhandlungsbasis angenommen werden, der Wille der anderen nicht auf Reparation, sondern auf Annexion und Zertrümmerung abzielt, und daß es sich für uns alle um Sein oder Nichtsein handelt. Wir hoffen auf die Erkenntnis der Welt, daß der Konflikt an der Ruhr ein Wahnsinn ist, nicht nur für die Beteiligten, sondern zugleich auch für die ganze Welt. Und so senden wir die Note ab mit dem Wunsch, daß sie zu offenen, freien Verhandlungen führt, denn wir haben unsere Lage dargelegt und wollen uns zu einer Leistung bekennen, die bis an die Grenze unseres Könnens geht. Aber solange der Einbruch uns dazu nötigt, soll auch unser Widerstand nicht erlahmen, damit wir das Vaterland unseren Kindern erhalten. Der Reichsminister gedachte sodann derer, die in Opfermut und deutschem Sinn an der Front ausstarren. Er warnte vor Unbesonnenheiten, die die innere Ordnung stören würden, und ermahnte das Volk, an die Gesamtheit zu denken, und schloß: Die Welt hat bisher den Zuständen wie einem Schauspiel zugegesehen, ohne sich sonderlich dafür zu interessieren. Wir haben sie nochmals ausdrücklich und in aller Form vor die Frage gestellt: Will sie den Frieden oder will sie die Fortdauer eines Konflikts, der zu unabsehbaren Ereignissen führen kann? Die Welt hat das Wort!

Die französische Gewaltpolitik.

Eine neue unerhörte Verordnung.

Bestrafung der Arbeitsverweigerung u. der Nichtlieferung von Waren.

Essen, 3. Mai. Der passive Widerstand, der alle Bevölkerungskreise in gleicher Weise befeelt und der von Tag zu Tag nicht nur nicht abnimmt, sondern immer stärker wird, hat den kommandierenden General Degoutte veranlaßt, eine Verfügung Nr. 33 zu veröffentlichen, die folgendes besagt: Art. 1. Jede Person, die die von der Interalliierten Kommission für Fabriken und Bergwerke erlassenen Anordnungen, Kohlen oder Koks oder jeden anderen Stoff zu liefern, nicht befolgt, hat eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und eine dem doppelten Wert der verlangten Lieferung gleiche Geldstrafe oder eine dieser beiden Strafen verurteilt, doch darf die Geldstrafe nicht weniger als 10 Millionen Mark betragen. — Art. 2. Jede Person, die innerhalb von fünf Tagen vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, die ihr von der Interalliierten Kontrollkommission für Fabriken und Bergwerke zugestellten Lieferungsorderungen nicht befolgt, hat die im vorhergehenden Artikel angeführten Strafen verurteilt. — Art. 3. Befragt, daß jede Person, welche durch irgendwelche Handlungen die Ausführung einer Lieferung verhindert oder aufhält, oder dies zu tun versucht, die in Art. 1 erwähnten Strafen verurteilt hat. Nach Art. 4 werden die verurteilten Geldstrafen gemäß Verfügung Nr. 24 eingetrieben.

Der Krupp-Prozess als Mittel zur Abwälzung der Schuld an den Mordtaten in Essen.

Essen, 3. Mai. Der Krupp-Prozess ist nunmehr endgültig auf den 4. und 5. Mai anberaumt worden. Unter Anklage gestellt sind: 1. Krupp von Bohlen und Halbach, 2. Direktor Bernhard Buhr, 3. Direktor Hartwig, 4. Direktor Oesterlen, 5. Direktor Baur, 6. Direktor Schäfer, 7. Betriebsdirektor Schräpper, 8. der Chef der Lehrlingswerkstätte, Groß, gegen die Angeklagten unter 5 bis 8 wird in Abwesenheit verhandelt. Außer Verfolgung gesetzt wurde der Betriebsdirektor Ritter, weil er als bloßer Betriebsdirektor nicht in Frage komme und der Chef der Feuer-

wehr. Die Klage bezieht sich in erster Linie auf die Verordnung Nr. 22, die bei den schweren Verbrechen die Todesstrafe oder lebenslängliches, mindestens aber 10 Jahre Gefängnis vorseht. Es handelt sich dabei um die Bildung eines Komplotts und um Machinationen zur Begehung eines Attentats gegen die französischen Truppen. Im ganzen sind 40 Zeugen geladen, und zwar 20 von den Klägern und 20 von der Verteidigung. — Mit dem vorliegenden Prozeß verbunden ist das Verfahren gegen Gerlich, Smuda und Sorgenicht, die Angeklagt sind, bei den Vorgängen am Karlsruhstag einem belgischen Soldaten ein Motorrad weggenommen und es verheimlicht zu haben.

Französische Soldaten als Straßenträuber.

Sorbt-Emcher, 3. Mai. Wiedermur wurden gestern Abend auf der Industriestraße 6 Bürger der Gemeinde unter Vorhaltung von Revolvern von zwei französischen Soldaten beraubt. Drei des Weges daherkommende Arbeiter, die unabhängig voneinander heimkehrten, wurden von einem der beiden Soldaten, der etwas mehr angetrunken war als der andere, festgehalten und zunächst um 20 000, dann um 10 000, schließlich um 3000 Mark angegangen. Währenddessen kamen drei katholische Geistliche ebenfalls an der Stelle vorbei. Auch sie wurden angehalten, mit den drei Arbeitern gemeinsam in eine Häuserreihe getrieben und 3000 Mark von ihnen verlangt. Als die Franzosen darauf hingewiesen wurden, daß sie Priester vor sich hätten, hielten sie ihre Revolver nur noch drohend auf sie gerichtet. Erst als sie je 3000 Mark hergegeben und ein Bahnarbeiter seine gesamte Bauschaft abgegeben hatte, konnten sie gehen. Amtmann Dr. Schuhmacher hat in einem sehr energisch gehaltenen Schreiben an die Ortskommandantur auf das Unhaltbare dieser Zustände unter Mitteilung des Vernehmungsprotokolls über den vorliegenden Fall erneut hingewiesen. Die aufs heftigste erregte Bevölkerung erwartete Maßnahmen der französischen Behörden, die wirksamer als die bisher getroffenen seien.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Essen, 2. Mai. Eine von Infanterie, Kraftfahrern, Kavallerie und Tanks begleitete Eisenbahnerformation hat den Bahnhof Kottshausen besetzt. Der leitende Divisionär erklärte, daß der Bahnhof besetzt bleiben solle.

Zur auswärtigen Lage.

Beschärfung der Lage in Lausanne?

Lausanne, 2. Mai. Das Finanzkomitee beriet heute vormittag über die Vorschläge der Sachverständigen zu Artikel 45 bis 49 des Vertragsprojekts, die sich auf die Verteilung der osmanischen Schuld auf die verschiedenen Nachfolgestaaten des osmanischen Reichs und ihre technische Durchführung beziehen. In einigen Punkten konnte eine Einigung erzielt werden. Andere blieben ungelöst, so die Frage der Beteiligung des Dodekanes an der Schuld. Die Alliierten fordern hier, daß der in Folge der Abtretung des Dodekanes an Italien entfallende Anteil nach dem Datum des neuen Friedensvertrags berechnet wird, während die Türken begrifflicherweise auf das Jahr 1911, in dem Italien von den Inseln Besitz ergriff, zurückgehen wollen. Neu durchgeprochen wurden die Artikel 53 bis 55 mit Anlagen und eine türkische Erklärung, die die Durchführung des Beschlusses des Berliner Kongresses über die von Serbien und Griechenland zu übernehmenden finanziellen Lasten fordert. Die Alliierten hatten diese Forderung auf der letzten Konferenz abgelehnt. Die türkische Delegation verlangt, daß die Frage nochmals zur Debatte gestellt wird. Zu dem überaus wichtigen Problem über den Zahlungsmodus für den Zinsendienst der osmanischen Schuld schlugen die Türken eingehende Beratung durch die Sachverständigen vor, was von General Pellet abgelehnt wurde, da er formelle Instruktionen von seiner Regierung habe, die Zahlung in Gold durchzusetzen. Ismed Pascha entgegnete darauf, daß auch er sich auf formelle Instruktionen seiner Regierung stütze. Wollte man zu einer Einigung gelangen, so müsse diese Frage ausgiebig erörtert werden. Die türkische Delegation würde hierbei den Nachweis erbringen, daß die französische Forderung eine unerträgliche finanzielle Belastung der Türkei wäre, die zum Zusammenbruch des Landes führen müsse.

Ententemanöver zur Abhaltung Rußlands von der Orientkonferenz.

Lausanne, 3. Mai. Der russische Delegierte Borowski hat heute vormittag auf die gestrige Mitteilung des Konferenzsekretariats geantwortet. Dieser Briefwechsel ist besonders bezeichnend für die Methoden, mit denen das Sekretariat Rußland von der Konferenz fernzuhalten versucht. Wie bereits gestern gemeldet, hat es nämlich in keiner Weise die verschiedenen Briefe Borowskis beantwortet, in welchen dieser das Ultimatum vom 12. 4. (Nichtbeteiligung an der Konferenz oder Unterzeichnung des Meerengen-Abkommens) ablehnte. Es ist auch nicht einmal auf die russische Beschwerde über die Verweigerung der Passvisa an die russischen Kuriere eingegangen. Das Sekretariat begnügte sich einfach damit, in bürokratischer Spitzfindigkeit zu behaupten, daß Borowskis Schreiben erst dann beantwortet werden könnten, wenn sie direkt an das Sekretariat gerichtet würden. Seine Antwort auf die Note vom 12. 4. sei aber der italienischen Regierung ausgehändigt worden. In seiner heutigen Antwort nimmt daher Borowski zunächst auf sein direkt an das Sekretariat gerichtetes Schreiben vom 27. 4. Bezug und legt dann dar, daß seine erste Antwort ordnungsgemäß an eine der einladenden Mächte (Italien) adressiert worden war und die Aufführungen, welche diese dem Sekretariat der Konferenz übergeordnete Stelle geben würde, genügen dürften. Borowski erklärt dann weiter: Was die Angelegenheit des diplomatischen Kuriers betrifft, die seit einiger Zeit ihrer Lösung harrt, mache ich darauf aufmerksam, daß, falls ich nicht in kürzester Zeit eine klare und genaue Antwort erhalte, ich gezwungen sein werde, daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Die englische Flottenpolitik gegen Japan.

London, 2. Mai. Im Unterhaus beauftragte der Vertreter der Admiralität die Errichtung eines großen Dockes in Singapur, welches große Schlachtschiffe aufzunehmen vermag. Die Errichtung des Flottenstützpunktes in Singapur richte sich gegen niemand (?) und sei lediglich eine Sicherungsmaßnahme. — „Daily Express“ bezeichnet dies als wichtige Aenderung der britischen Flottenpolitik und als eine Verlegung des Flottenschwerpunktes nach dem fernen Osten infolge Aufhörens der deutschen Bedrohung.

Berufung der Annäherung Ungarns an Frankreich.

Paris, 2. Mai. Wie der in Paris angetommene ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen gestern Pressevertretern mitgeteilt hat, beabsichtigt der ungarische Staat, von der Reparationskommission die Aufhebung der Hypothek auf einen Teil der staatlichen Einnahmen zu verlangen, namentlich aus dem Ertrag der Zölle und einem Teil des Tabakmonopols. Ungarn beabsichtigt, zwei Anleihen, eine solche im Betrage von 50 Millionen Goldkronen, sowie in einem Jahr eine solche im Betrage von 600 Millionen Goldkronen, aufzuerlegen. Graf Bethlen erklärte ferner, er sei nach Frankreich gekommen, um die ausgezeichneten Beziehungen, die Ungarn mit ihm verbunden hielten, zu erneuern. Der Krieg sei beendet. Eine neue Lage sei geschaffen, in der Ungarn unabhängig sei. Es wolle sich Frankreich nähern und werde alle Anstrengungen machen.

Eine Anfrage im englischen Unterhaus über die Entdrosselung der Pressefreiheit im Saargebiet.

London, 2. Mai. Das liberale Parlamentsmitglied Sir John Simon fragte gestern im Unterhaus, ob in der letzten Woche auf der Zusammenkunft des Völkerbundesrates in Genf, an der der Unterrichtsminister als britischer Vertreter teilnahm, ein Vorschlag unterbreitet worden sei, daß namens des Völkerbundes als der Körperschaft, die nach dem Versailler Vertrag für die Verwaltung des Saargebietes verantwortlich sei, eine Verordnung veröffentlicht werde, welche im Saargebiet die öffentliche Kritik an dem Versailler Vertrag oder einer Aktion des Völkerbundes als Vergehen bezeichne, das durch Geld- oder Gefängnisstrafe zu ahnden sei. Simon fragte auch, welche Haltung der britische Vertreter bei der Behandlung dieses Vorschlags eingenommen habe, und ob der Vorschlag vom Völkerbundsrat, ohne daß eine Stimme dagegen war, angenommen worden sei. Stanley Baldwin erklärte, er habe den Unterrichtsminister gefragt und erfahren, daß der erste und der dritte Teil der Frage im wesentlichen den Tatsachen entsprächen. Was den zweiten Teil betreffe, so werde der Unterrichtsminister bereit sein, im Unterhaus in der nächsten Woche eine Erklärung über die Verhandlungen des Völkerbunds abzugeben. — Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt dazu, die Arbeiterpartei werde wahrscheinlich in dieser Frage eine energische Haltung einnehmen. Die Tatsache sei jedoch nicht ganz so, wie Baldwin sie dargelegt habe. Die betreffende Verordnung sei tatsächlich seit dem 12. März in Kraft getreten. Sie sei auch schon verschiedentlich in Anwendung gebracht worden.

Abbruch der Verhandlungen über die amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 2. Mai. Nach der „Chicagoer Tribune“ ist der Bruch in den Pariser Verhandlungen über die amerikanischen Besatzungskosten darauf zurückzuführen, daß die Alliierten von den Ver. Staaten eine Herabsetzung der amerikanischen Erfahrungspräge gegen Deutschland aus dem Kriege verlangten. Die letzte Sitzung am Montag habe eine große Uebertreibung gebracht, als die Alliierten erklärten, daß die amerikanischen Besatzungskosten nicht bezahlt würden, falls die Ver. Staaten nicht ihre übrigen Ansprüche an Deutschland auf 750 000 Dollar herabsetzten. Diese Forderung sei von Staatssekretär Wadsworth abgelehnt worden. Er habe der Kommission erklärt, daß die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu einer Ausdehnung der Zahlungsfrist auf 18 Jahre mit 25prozentiger Priorität für 4 Jahre und 100prozentiger Priorität für die folgenden 6 Jahre als letzte Konzession gegeben habe. In Pariser amtlichen amerikanischen Kreisen nehme man an, daß das Vorgehen der Alliierten in Washington einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht habe.

Deutschland.

Reichstag.

Berlin, 3. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung teilte Präsident Lobe mit, daß der volksparteiliche Abgeordnete im besetzten Gebiet zurückgehalten werde, was lebhaftes Pfuirufe im Hause auslöste. Als erster Punkt stand eine Interpellation der Deutschnationalen auf der Tagesordnung, in der Auskunft verlangt wird, mit welchen Gründen die preussische Regierung das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei rechtfertige. Nachdem Abgeordneter Dr. Koch (Dem.) auch zugleich im Namen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei in Anbetracht der kritischen außenpolitischen Lage die Abhebung der Interpellation von der Tagesordnung beantragt und Reichsminister des Innern Dr. Dejer erklärt hatte, daß er zu einer Antwort noch nicht in der Lage sei, weil das Aktenmaterial vom Staatsgerichtshof noch nicht eingegangen sei, wurde die Interpellation gegen den Widerspruch der Deutschvölkischen und Kommunisten von der Tagesordnung abgesetzt. Auch der an zweiter Stelle stehende Gesetzentwurf auf verstärkten Versammlungsschutz wurde auf Antrag Müller-Franken (Soz.) von der Tagesordnung abgesetzt. Hierauf wurde ein Antrag mehrerer Parteien auf Ergänzung des Reichsriedelungsgesetzes debattelos dem Siedelungsausschuß überwiesen, die Vorlage über die Neuregelung der gesellschaftlichen Feiertage des Reichsausschuß. Dann folgte das Haus die Einzelberatung des Etats des Wirtschaftsministeriums fort, der nach kurzer

rtete der Ber- großen Docks aufzunehmen ltes in Singa- lediglich eine bezeichnet dies tenpolitik und ts nach dem n Bedrohung.

Frankreich. omme ungar- erner Pressever- arische Staat, ung der Hypo- zu verlan- d einem Teil wei Anleihen, oldkronen, so- on 600 Millio- erklärte fer- ausgedehnte- und hielten, neue Lage sei Es wolle sich ungen machen.

as über die Saargebiet. smitglied Sir in der letzten undrates in tischer Vertre- rden sei, daß haft, die nach des Saarge- veröffentlicht Kritik an dem lterbunds als fängnisstrafe lung der br- vor schlägs ein- Bölkerbunds- angenommen he den Unter- erke und der Tatsachen ent- werde der An- n der nächsten des Bölker- Berichterfatter rpartei werde Haltung ein- wie Baldwin nung sei tat- Sie sei auch t worden.

skosten. ist der Bruch rkanischen Be- rierten von den schen Erfagan- gen. Die letzte ng gebracht, als Besatzungskosten ihre übrigen absetzten. Diese abgelehnt wor- merikanische Re- der Zahlungs- ir 4 Jahre und Jahre als letzte. amerikanischen r Alliierten in acht habe.

esordnung der Löbe mit, daß Gebiet zurück- Hause auslöste. der Deutsch- Auskunft ver- sche Regierung spartei recht- Dem.) auch zu- deutschen Volks- olitischen Lage Tagesordnung Dr. Dejer er- ht in der Lage richtshof noch tion gegen den nmunisten von zweiter Stelle ammlungsschuh von der Tages- rtrag mehrerer ungsgezetes de- n, die Vorlage age des Rechts- esberatung des ber nach kurzer

Aussprache angenommen wurde, ebenso die Etats des Reichswirtschaftsrats und des Rechnungshofs. Es folgte die 2. Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Dazu lagen vom Ausschuss eine ganze Reihe von Entschlüssen vor, u. a.: eine solche, die die Reichsregierung erlucht, den infolge des Ruhreindrucks entlassenen Arbeitern und Angestellten bei Wiedereinstellung vor anderen Arbeitskräften gesetzlich ein Vorrecht auf Einstellung zu gewähren. Abgeordneter Fiel (Dem.) verlangt in der Aussprache, daß bei der Vorbereitung von Gesetzen nicht nur die Spitzenverbände der Arbeitnehmer, sondern auch die der Arbeitgeber gehört und die Interessen der Verbraucher berücksichtigt werden. Abgeordneter Lambach (Deutschnat.) hält die Fortentwicklung des sozialen Arbeiterrechts für eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums und begründete eine Entschlüsselung, in der die Herausgabe einer Denkschrift über die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten durch Kleinaktien an den Betrieben verlangt wird. Die Beiträge Deutschlands für das internationale Arbeitsamt in Genf beantragte er zu streichen. Dem letzteren Antrag trat Abgeordneter Aufhäuser (Soz.) entgegen, worauf die Weiterberatung auf Freitag Nachmittag 2 Uhr vertagt wurde.

Auch ein sozialdemokratischer Antrag zur Frage des Marksturzes.

Berlin, 4. Mai. Laut „Vorwärts“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingebracht, der die Wirksamkeit der Maßnahmen der Reichsregierung und der Reichsbank zur Stützung der Mark prüfen und die Vorgänge feststellen soll, die zur Erschütterung der Stützungsaktion der Mark geführt haben.

Der Zermürbungskampf im Innern.

Berlin, 2. Mai. Die hiesige Polizei verhaftete am Sonntag morgen 15 Personen und im Laufe des Sonntags noch weitere 6 Personen, die laut polizeilicher Ermittlung eine gewalttätige Befreiung eines verhafteten ehemaligen Freikorpsführers durch die in Steglitz tagende „Tischgenossenschaft Brangel“, die als Fortsetzung der früheren Disziplinargruppe Steglitz der aufgelösten Deutschvölkischen Freiheitspartei angesehen ist, beabsichtigten. Die Verhafteten werden sich auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wegen Beteiligung an einer aufgelösten Vereinigung zu verantworten haben. Nach völliger Klarstellung des Sachverhalts wurden die Festgenommenen aus der Haft entlassen.

Demonstrationen vor dem Hause der russischen Handelsvertretung in Berlin.

Berlin, 2. Mai. Wie die Blätter melden, sammelte sich vor dem Hause der russischen Handelsvertretung gestern Abend eine Anzahl Passanten an, die offenbar an der gestrigen roten Fahne in Unkenntnis des Umstandes, daß es sich um die Staatsflagge der R. F. S. R. handelt, Anstoß nahmen. Infolge rechtzeitig getroffener polizeilicher Maßnahmen zerstreute sich die Menge jedoch recht bald, ohne daß es zu besonderen Zwischenfällen gekommen wäre.

Schweres Unglück bei einer Feuerwehrrübung.

Baden-Baden, 2. Mai. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend hier anlässlich einer größeren Probe der freiwilligen Feuerwehr. Um 7 Uhr war Alarm gegeben worden, um beim Bühnenhaus des Kurhaus-Theaters in einer Übung die neue Steigleiter (Wehleiter) in Tätigkeit zu setzen, die auf einem Kraftwagen steht und deren oberste Sprossen bis zu 25 Meter in die Höhe geschraubt werden können. Die Leiter ragte schon über dem Dach des Hauses hoch in die Lüfte und oben stand der Wehrmann Bäckermeister Alexander Hud mit dem Schlauch in der Hand. Kaum aber war der Hydrant geöffnet, als sich die Spitze der Leiter zu senken begann und gleich darauf mit dem obenstehenden Feuerwehrmann auf das Dach niederfiel. Die Leiter war aus noch nicht aufgestellten Gründen in etwa sechs Meter Höhe abgebrochen. Hud stürzte zuerst auf das Dach des Hauses und von diesem in den Theaterhof. Er erlitt einen Genickbruch und schwere Kopfverletzungen und starb einige Minuten nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Die Übung wurde sofort abgebrochen. Die Leiter war die erste in dieser Art gebaute und machte in ihrer Konstruktion einen imponierenden Eindruck.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Mai 1923.

Die Not der Deutschen in Polen.

Unseren deutschen Brüdern in Polen, Westpreußen und Oberschlesien geht es unter der polnischen Herrschaft sehr schlecht. Nicht nur, daß sie von den Behörden politisch geübelt, öffentlich entrechtet und wirtschaftlich beraubt werden, der polnische Staat hat durch die Zertrümmerung des einst blühenden deutschen Schulwesens den Deutschen auch die Grundlage ihrer Volkskultur entzogen. Die Hilferufe der Deutschen sind bisher bei dem Völkerbund ungehört verhallt. Mit den brutalsten Gewaltmitteln sucht die polnische Regierung Deutsche und Juden aus dem Lande zu vertreiben, um die frühere deutsche Ostmark zur „polnischen Erde“ zu machen. 500 000 Deutsche sind schon aus Polen und Westpreußen verdrängt worden. Besonders das Schulleben hat zur Verstärkung der Auswanderung beigetragen. — Und doch haben unsere Brüder den Kampf um die Erhaltung unseres Volkstums aufgenommen und sind auf allen Gebieten erfolgreich zur Selbsthilfe geschritten. Bewundernswertes haben sie in kurzer Zeit im Aufbau eines neuen deutschen Schulwesens geleistet.

Der frühere Leiter der deutschen Schulorganisationen in Polen, Lyzealdirektor Treut aus Bromberg, wird am Sonntag Abend in einem deutschen Volksabend im Dreißigen Saal über diese Fragen sprechen, am Montag vormittag 11 Uhr im „Badischen Hof“ für die hiesigen öffentlichen Schulen und nachmittags 4 Uhr für die Handelsschulen. Die Vorträge sind überall mit großer Anteilnahme aufgenommen worden, weil sie von jeder konfessionellen und parteipolitischen Einstellung frei sind, und lediglich dem Gedanken der deutschen Kulturgemeinschaft und der Hilfe für unsere um ihre Volkskultur ringenden Brüder dienen.

Die Gauwanderung des Nagoldturgaus.

„Auf, ihr Turner, frisch und frei, holt den Wanderstab herbei!“ das sei die Losung der Mitglieder des Nagoldturgaus am kommenden Sonntag, wenn es gilt, der Gauwanderung Fleisch und Blut zu geben, sie aus den bloßen Gedanken in die Tat umzusetzen. Das Ziel ist heuer das hübsch im unteren Nagoldtal gelegene Bad Liebenzell. Sie führt den in Calw gesammelten oberen Teil des Gaus hinunter an die Kloster ruine Hirsau, den Markstein französischer Schande und Schmach in früheren Jahrhunderten an deutschen Kulturgütern. Diese Wahrzeichen französischer Zerstörungswut sind so recht geeignet, uns und unserer Jugend zu zeigen, worauf der Eindringlinge Sinnen und Trachten gerichtet ist. Diese Stätte muß deutsche Männer und deutsche Frauen zu unserem gerechten Abwehrkampf sammeln und stärken, ihnen Kraft zum Durchhalten geben. Darum kommet, ihr Turner und Turnerinnen, ihr Zukunft unseres geliebten Vaterlandes in Scharen und gelobt ihm Treue! Nicht minder drängt das reizende Schweinbachtal uns hin zur Heimat, die uns schützt und nährt, auch wenn der Feind grimmig wütend an ihr zerrt, die uns die Kraft gibt, uns in Geduld zu wappnen. Auch von diesem herrlichen Stück Erde wollen wir lernen die Liebe zum Ganzen, die Liebe zum Volk. Darum kommet und lernt sie lieben und schätzen, euer bestes Kleinod, die Muttererde! In Liebenzell, am Ziele angelangt, wollen wir uns dann freuen mit denen, die dasselbe wollen, die treu dem Wahlspruch leben: frisch fromm, fröhlich, frei!

Ein Jubiläum des Turnkreises Schwaben.

Am 1. Mai konnte der schwäbische Turnkreis (11. Turnkreis Schwaben) auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Mai des Sturm- und Drangjahres 1848 wurde auf einem Turntag in Ehlingen der „Schwäbische Turnerbund“ als ein in 8 Gauen geteilter Bund gegründet, nachdem schon einige Jahre zuvor der Männerturnverein Stuttgart, die Turngemeinde Reutlingen, der Turnerbund Gmünd und die Turngemeinde Göppingen und Hall ins Leben gerufen worden waren. Heute zählen zum 11. Turnkreis Schwaben, gegliedert in 27 Gauen, 603 Vereine mit rund 85 000 Mitgliedern. Auf dem am 6. Mai stattfindenden Wandertag der deutschen Turnerschaft wird des 75. Geburtstages des schwäbischen Turnkreises an den Treffpunkten der Gauen gedacht werden.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck im Nordosten verstärkt sich, aber über Süddeutschland entwickeln sich flache Luftperturbationen, die am Samstag und Sonntag bei sonst trockenem und warmem Wetter Gewitterbildung begünstigen.

Der Reichskanzler in Freudenstadt.

(Sch.) Stuttgart, 3. Mai. Der Reichskanzler Dr. Cuno ist nach Beendigung seiner Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder von Berlin nach Freudenstadt gereist, um sich dort einige Zeit zu erholen. Er kam heute früh in Begleitung seiner Gemahlin mit dem Berliner Nachschneßzug nach Stuttgart und setzte alsbald seine Reise über Göttingen nach Freudenstadt fort.

(Sch.) Freudenstadt, 3. Mai. Nachdem der Reichspräsident Ebert in der letzten Woche im Kurhaus Waldes hier einen kurzen Erholungsaufenthalt genommen hatte, ist der Reichskanzler Dr. Cuno mit Gemahlin und Begleitung heute Vormittag hier eingetroffen. Wie seit Jahren hat er auch diesmal wieder im Kurhaus Rappen Wohnung genommen.

Simmozheim, 1. Mai. Am hellen Mittag stieg am 27. April nachm. ein Dieb in ein hiesiges Bauernhaus durchs offenstehende Fenster ein, während die Bewohner auf dem Felde waren. Er hieß eine Uhr, 2 Pfund Butter, 1 Paar neue Herrenstiefel und 15 000 M mitgehen. Anhaltspunkte über die Persönlichkeit des Diebes sind vorhanden. — Am 30. April feierte Oberlehrer Karl Schurr, der 13 Jahre hier im Schuldienst tätig war, seinen Abschied. Er kommt als Oberlehrer nach Gmünd in eine Taubstummenanstalt. Der Scheidende hatte 12 Jahre lang die hiesige Darlehenskasse mit seltener Gewissenhaftigkeit und Eifer geführt und hat sich überhaupt auch im öffentlichen und politischen Leben lebhaft betätigt. Mit großer Stimmenmehrheit wurde er 1919 in den Gemeinderat gewählt, wo er Gelegenheit bekam, seine sozialen Ansichten zum Wohle seiner Mitmenschen zu betätigen. Der Dank der Simmozheimer Bevölkerung wird ihm auch in seinem neuen schweren Beruf begleiten. Die Schüler sangen ihm zum Abschied „Befieh du deine Wege“ und streuten ihm Blumen und auch die Einwohnerschaft war zahlreich auf den Beinen, um dem Scheidenden auf diese Weise ihren Dank und Anerkennung kundzutun. Durch die leidige Wohnungsnot ist Herr Schurr gezwungen, seine Familie — Frau und 2 Kinder — hier zu lassen. — Eine ganze Horde Zigeuner hatte sich kürzlich an der Straße Möttingen-Weidertal und zwar bezeichnenderweise genau auf der O. Grenze Calw-

Leonberg mit 5-6 Wagen einige Tage häuslich niedergelassen. Sie belästigten die vorbeigehenden Wanderer in ganz frecher und unverschämter Art durch ihre Bettelgeier, während ein großer Teil an den 3 Lagerfeuern sich schmatzend niedergelassen hatte. Nach allen Richtungen zogen am Morgen barsüßige Zigeunerfrauen und Kinder in die nahen Ortschaften, wo sie in der bekannt ungenierten Weise die Gehöfte abklopften. Es scheint dies ein beliebter Trick der wandernden Gesellen zu sein, sich an Amts- oder Landesgrenzen festzusetzen, denn schon seit geraumer Zeit konnte man an belagter Stelle diese schmutzigen Naturkinder sehen, von denen namentlich im Sommer und Herbst auf den Feldern nach Belieben gestohlen wird. In solcher Menge, wie diesmal sind sie aber noch nicht beobachtet worden. Sie werden in der Sommerzeit gerabazu zur Landplage, indem sie andauernd an den beiden Grenzen des badischen und württemb. Gebiets umherziehen.

(Sch.) Stuttgart, 3. Mai. Die in den letzten Tagen durchgeführte Straßen- und Hausammlung für Zwecke der Unterbringung bedürftiger Stuttgarter Kinder in Ferienkolonien und Waldheimen hat nach den vorläufigen Feststellungen das erfreuliche Ergebnis von über 7 Millionen Mark gehabt.

(Sch.) Kornwestheim, 3. Mai. Früh 4 Uhr wurde der ledige, 24 Jahre alte Stationsarbeiter Emil Burger von Esfingen O. Balingen vom Zug überfahren. Er starb im Krankenhaus Ludwigsburg. — Der 49 Jahre alte verheiratete Streckenwärter der Landeswasserwerkverwaltung Johann Kraus von Mühlhausen a. N. mußte sein Leben infolge Verschüttung bei den Wasserleitungsarbeiten lassen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 40 049 Mark, der Schweizer Franken auf 7243 Mark.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(Sch.) Stuttgart, 3. Mai. Bei einem Dollar von 39 000 nach der diesmal langen Unterbrechung, an der der 1. Mai seinen Anteil hatte, setzte die Börse heute zu einer neuen Haufe ein. Wenn man die Ablehnung der deutschen Note durch Frankreich betrachtet, ist die starke Aufwärtsbewegung der Devisen zu verstehen. Auch das Devisennotenspektrum scheint vorläufig die Wirkung zu erzielen, daß die Spekulation sich vor seinem Inkrafttreten noch möglichst mit ausländischen Zahlungsmitteln eindeckt. Die Haufe an der Effektenbörse erstreckte sich auf alle Umjahgebiete. Auf dem Bankmarkt profitierten Vereinsb. 1300, Hypothekbank 500 Punkte. Im Verkehr mit Spinnereaktien gab es noch größere Sprünge: Leinen Blaubeuren + 11 000, Kammergarn Bietigheim + 7000, Kotteln + 8000, Kolb & Schüle + 5500, Wollweden Weidertal + 5000. Brauereaktien waren ebenfalls fest. So gewannen Württ.-Hohenz. 3000 und Wulle 2500. Im Verkehr mit Metall- und Maschinenaktien gaben Württ. Metallwaren 10 000 nach, dagegen waren höher u. a. Magirus 7500, Redarsulm 5100, Söhner 5000, Weingarten 4000 und Junghans 2500. Von sonstigen Werten sind zu nennen als höher: Köln-Rottweil um 8000, Deutsche Verlag um 7000, Stuttg. Zucker um 5300, Krumm um 3500, Cement Heidelberg um 4000; als niedriger: Bab. Anilin um 3000 und Kraftwerk um 7000. Im Freiverkehr war das Geschäft sehr lebhaft bei fast durchweg höheren Kursen, so Lauffener Zement, Heilbronner Zucker, Fichtelgold und andere.

Märkte.

(Sch.) Bausheim, 3. Mai. Auf dem Viehmarkt wurden verkauft 8 Kälber u. Boshen zu 500 000—1 200 000 Mark, 6 Kalbeln um 2 500 000—4 200 000 Mark, 1 Kuh um 3 600 000 M, 2 Farren um 680 000—1 200 000 M. Ein Mutterfahweil galt 1 230 000 M, ein Saugfahweil 150 000 bis 220 000 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da sie jene noch die log. wirtschaftlichen Wertverhältnisse in Rücksicht kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.

am Sonntag Rogate, den 6. Mai. B. Turm: 33. 8 Uhr Frühpredigt, Stadtpf. Lang, 10 Uhr Predigt, Detan Zeller, Eingangsglied No. 38 „Jesu helf beten“; 11 Uhr Sonntagsschule, 1 Uhr Christenlehre (Söhne ältere Abtlg.); Donnerstag, 10. Mai, Himmelfahrtsfest B. Turm: 221. 10 Uhr Predigt, Stadtpf. Lang, Eingangsglied No. 224 „Siegesfürst“; 2 Uhr Bezirks-Missionsfest Stadtpf. Lang, Pfarrer Weismann-Basel, Stadtmissionsinspektor Vook-Vorzhelm.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, 6. Mai 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Donnerstag, Fest Christi Himmelfahrt, 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Prozession und Amt, 2 Uhr Mariandacht, ebenso Mariandacht Dienstag 1/8 Uhr abends.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 6. Mai vorm. 10 Uhr Predigt, Evangelist Möller, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Predigt, Möller; Montag, Dienstag, Mittwoch, 8 1/2 Uhr Vorträge, Möller; Himmelfahrtsfest 10 Uhr Predigt, Möller.

Stammheim: Vorm. 10 Uhr Erbauungsstunde, nachmitt. 1/2 Uhr Predigt, Möller; Himmelfahrt 1/2 Uhr Gottesdienst.

Schwarzenberg: Himmelfahrtsfest 2 Uhr nachm. „Selim Pilgerruhe“ Jahresfest. Festredner Evangelist Möller.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der W. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Abrechnung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Nach der Abrechnungsverordnung vom 31. März 1923 sind die durch Steuerabzug vom Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge künftig auf die nächsten vollen 10 Mark nach unten abzurunden. Dies gilt ohne Rücksicht auf die Lohnzahlungsperiode (Tagelohn, Wochenlohn usw.) bei jeder nach dem 20. April 1923 erfolgenden Lohnzahlung.

Hiesau, den 1. Mai 1923.

Finanzamt.
Boelter.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten Mittwoch, den 9. Mai 1923, stattfindenden



Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt
ergeht Einladung.

Die bisherigen Zulassungsbestimmungen sind zu beachten.
Calw, den 3. Mai 1923.

Stadtschultheißenamt: Böhrer.

Stadtgemeinde Calw.

Berechnung der Reichsmiete.

Nach der Verfg. d. Min. d. S. v. 27. 4. 1923 zur Ausführung des R.-M.-G. wurde ab 1. Mai 1923 der Hundertsatz für Verwaltungskosten von seither 500 auf 1200 %, derjenige für laufende Instandsetzungsarbeiten von 3000 auf 6000 % erhöht. Der Hundertsatz für Untermiete beträgt wie bisher 50 %. Die Mietpreise betragen daher ab 1. Mai 1923 etwa das 142fache der Friedensmiete.

Es errechnet sich demnach der Monatsmietpreis ab 1. Mai 1923

für eine 2-Zimmerwohnung bei Annahme von 180 M. Friedensmiete etwa	2130.— M.
für eine 3-Zimmerwohnung bei Annahme von 250 M. Friedensmiete etwa	2960.— M.
für eine 4-Zimmerwohnung bei Annahme von 450 M. Friedensmiete etwa	5325.— M.

Hierzu kommen noch die Anteile an Steuern und öffentlichen Abgaben.

Durch Erhöhung des Hundertsatzes für laufende Instandsetzungen erhöht sich auch der Zuschlag für gewerbliche Räume ab 1. Mai 1923 und beträgt:

- für kleinere (insbesondere von der Wohnung nicht getrennte Betriebe) 2667 % der Grundmiete,
- für größere (insbesondere von der Wohnung getrennte Betriebe) 4000 % der Grundmiete. (Grundmiete gleich 92 % der Friedensmiete.)

Calw, den 2. Mai 1923.

Stadtschultheißenamt.
Böhrer.

Das Calwer Tagblatt

vertritt die Interessen des Bezirks und damit auch die Ihrigen.

Deckenpfronn

Vahnstation Gärtringen und Wildberg.



Eichen-Verkauf.

Am Montag, den 14. Mai 1923 werden im Distrikt Ob. Wald versteigert:

250 Eichen

mit 100 Fm. worunter 75 Stück mit über 30 cm Durchmesser u.

150 eichene Wagnerstangen.

Zusammenkunft 8 Uhr beim Rathaus. Auszüge wollen bei Waldmeister Dongus bestellt werden.

Gemeinderat.

Die unterzeichnete Genossenschaft hat sich aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Bilanz:

Aktiven:		Passiven:	
Kassenbestand M.	9771.55	Geschäftsguthaben	M. 400.—
Wert der Gerätschaften	2000.—	Reservefonds	235.33
Darlehen	2210.86	Gewinnreserve	3484.78
		Sonstiges	20.—
		Gewinn	9842.30
	M. 13982.41		M. 13982.41

Molkereigenossenschaft Oberkollwangen in Liquidation
eingetr. Gen. m. unbefr. Haftpf.
Lörcher. Lörcher. Waibelich.

Die Markt-Besucher

müssen Sie auf die Güte Ihrer Waren im Calwer Tagblatt aufmerksam machen, dadurch sichern Sie sich ein gutes Marktgeschäft.



AMERICAN LINE

Regelmäßiger Passagier-Dienst

Hamburg-New-York

auf modernst eingerichteten Dampfern.

Wöchentliche Abfahrten.

Nähere Auskunft und Platzbelegung durch Vertretung
In Calw: K. Otto Vincon, Kaufmann, Fernsprecher 171.

Ullstein-Schnittmuster

Zu beziehen durch
Friedrich Häussler
Buchhandlung

Fernsprecher 61 an der Brücke

Gebrauchtes 4-PS 23gl. **Motorrad** verkauft oder tauscht gegen 2-3-PS 1 Zyl. Motorrad. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einen stärkeren **Leiterwagen** verkauft Jakob Zeiler alt, Stammheim.

Kaufe **Rib-Selle** und zahle bis zu 7000 Mk. pro Stück Riegler, Müllingen.

Ordentlicher junger Mann als **Hausbursche** gesucht. Radfahrer bevorzugt. Auf Wunsch Kost und Wohnung im Hause. Nur schriftliche Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und des Gehaltsanspruchs unter W. W. 99 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Land- u. Forstarbeit auch **Stubben-Sprengungen** übernimmt Stuttgart 1, Schließbach 65

Eine neue **Gitarre** verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Briefumschläge Versandtaschen

liefert die

Tagblatt-Druckerei

Gebt zum Deutschen Volksoffer!

Deutscher Volksabend

am Sonntag, 6. Mai, abends 8 Uhr im Dreißigen Saal:

Vortrag über die deutschen Schulen in der verlorenen Ostmark

von Herrn Studiendirektor Trent-Versin (früher Bromberg).
Gefangenseinlagen mit Mitwirkung hiesiger Kräfte.
Zur Deckung der Auslagen wird eine Eintrittsgebühr von 50 Mk. erhoben.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland Ortsgruppe Calw: Dr. Bey, Oberamtsarzt.

Hierzu laden ihre Mitglieder ein:
Bauernbund: Hanselmann.
Deutschdemokratische Partei: Verwaltungs-Aktuar Staudenmeyer.

Deutsche Volkspartei: Gewerbeschulrat Aldinger.

Deutschnationale Volkspartei (Bürgerpartei): Oberamtspfleger Fechter.

Katholische Volkspartei: Stadtpfarrer Leikus.
Sozialdemokratische Partei: Störr.

Statt Karten!

Artur Hengstberger

Elfa Hengstberger

geb. Hammer

Vermählte

Calw, den 3. Mai 1923.



Beteranen- und Militärverein

Sonntag, den 6. ds.,

Frühspaziergang mit Musik nach Unterhaugstett.

Abmarsch 6 1/2 Uhr vom Marktplatz. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Evang. Volksbund, Bezirk Calw.

Sonntag, 6. Mai, mittags 1/2, 3 Uhr i. Vereinshaus, 1. Stock:

Beretreter-Tag.

Ausschussmitglieder und Vertrauensleute sämtlicher Ortsgruppen sind zu den wichtigen Beratungen herzlich und dringend eingeladen. Der Bezirksauschuss.

Privatlehranstalt für Stenographie und Maschinenschreiben

Leopoldstrasse. Pforzheim Hafnergasse 1.

Gründlicher Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene durch geprüfte Lehrkräfte. 15. Schuljahr. Eintritt jederzeit.

Homöopath Maier aus Pforzheim

hält Sprechstunden in Calw im Hotel Adler morgen Samstag, 5. Mai von 9-5 Uhr.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17 Arkadenriedbach-Rosbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen. Ankauf alter Geigen u. Celli.

Original „Kep.“ **Dauertrocken-Elemente, Taschenlampen-Batterien** nur 1a. erstklassig. Elektrowerk Gebr. Rilling A.-G., Dusslingen 48 Würt. Vertreter gesucht.

Kleineres Quantum

Heu

zum höchsten Preis zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.